

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Integration**

**Situation der Flüchtlinge in der Ukraine**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen ihr über die Zahl und die Situation der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine vor?
2. Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind zwischenzeitlich nach ihrer Kenntnis nach Deutschland und nach Baden-Württemberg gekommen?
3. Rechnet sie mit einem Anstieg der Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine?
4. Sind baden-württembergische Hilfsorganisationen bei der Betreuung von Flüchtlingen in der Ukraine beteiligt (wenn ja, in welcher Form)?
5. In welcher Form unterstützen nach ihrem Kenntnisstand deutsche Behörden deren Aktivitäten?
6. Ist ihr bekannt, ob die Information zutrifft, dass von sieben Containerdörfern, die aus Deutschland in die Ukraine geliefert und vor Ort aufgebaut wurden, erst drei bezogen werden konnten, weil sich die ukrainischen Behörden nicht auf die Übernahme von Kosten für Strom und Wasser einigen konnten?
7. Plant sie selbst Aktivitäten zur Verbesserung der Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine?

23. 02. 2015

Kunzmann CDU

## Antwort

Mit Schreiben vom 19. März 2015 Nr. 22-0141.5/15/7527 beantwortet das Ministerium für Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Welche Informationen liegen ihr über die Zahl und die Situation der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine vor?*

Zu 1.:

Über die absolute Zahl und die Situation der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

*2. Wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind zwischenzeitlich nach ihrer Kenntnis nach Deutschland und nach Baden-Württemberg gekommen?*

Zu 2.:

Nach der Geschäftsstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – Mitteilung über die Entwicklung der Asylbewerberzahlen gemäß § 44 Absatz 2 des Asylverfahrensgesetzes – wurden im Jahr 2014 von Personen aus dem Herkunftsland Ukraine bundesweit insgesamt 2.703 Asylanträge gestellt, bei denen es sich ganz überwiegend um Erstanträge handelte (2.657 Erst- gegenüber nur 46 Folgeanträgen). Dies entspricht 1,3 % der bundesweit insgesamt 202.834 Asylanträge (173.072 Erst- und 29.762 Folgeanträge) des Jahres 2014. Damit spielen Asylbewerber aus der Ukraine in Deutschland trotz des bewaffneten Konflikts im Ostteil des Landes bislang eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Dies verdeutlicht auch der Vergleich mit der Zahl der Asylanträge aus dem Bürgerkriegsland Syrien, das 2014 zugleich als Hauptherkunftsland in Erscheinung getreten ist (41.100 Asylanträge, davon 38.332 Erstanträge).

In Baden-Württemberg wird das Herkunftsland Ukraine vom BAMF nicht bearbeitet. Daher werden Flüchtlinge aus der Ukraine in andere Bundesländer umverteilt, sofern nicht im Einzelfall aufgrund enger familiärer Beziehungen eine Verteilung nach Baden-Württemberg geboten ist. Die besagte Geschäftsstatistik des BAMF verzeichnet für Baden-Württemberg im Jahr 2014 daher nur 17 Asylanträge von Personen aus der Ukraine (16 Erstanträge und ein Folgeantrag).

*3. Rechnet sie mit einem Anstieg der Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine?*

Die weitere Entwicklung der Zugangszahlen von Flüchtlingen aus der Ukraine lässt sich derzeit nicht abschätzen.

*4. Sind baden-württembergische Hilfsorganisationen bei der Betreuung von Flüchtlingen in der Ukraine beteiligt (wenn ja, in welcher Form)?*

*5. In welcher Form unterstützen nach ihrem Kenntnisstand deutsche Behörden deren Aktivitäten?*

*6. Ist ihr bekannt, ob die Information zutrifft, dass von sieben Containerdörfern, die aus Deutschland in die Ukraine geliefert und vor Ort aufgebaut wurden, erst drei bezogen werden konnten, weil sich die ukrainischen Behörden nicht auf die Übernahme von Kosten für Strom und Wasser einigen konnten?*

Zu 4., 5. und 6.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

*7. Plant sie selbst Aktivitäten zur Verbesserung der Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine?*

Zu 7:

Im Rahmen der Donauraumstrategie (EUSDR), an der auch die Ukraine beteiligt ist, wird versucht, durch Kooperationen bspw. im Verwaltungsbereich Strukturen zu verbessern, um damit langfristig die allgemeine Lebenssituation in den Donauländern zu stärken. Insbesondere im Prioritätsbereich 10 „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Kooperationen“ bringt sich das Land Baden-Württemberg ein. Eine ausschließlich auf Kriegsflüchtlinge in der Ukraine zielende Hilfe ist insoweit nicht vorgesehen.

Öney

Ministerin für Integration